

Neuer Streit um Auschwitz?

Theo Mechtenberg*

Am 16. Juni 2013 setzte Janusz Marszałek, ehemaliger Stadtpräsident von Oświęcim, den ersten Spatenstich zu einem in unmittelbarer Nähe zum KZ Auschwitz geplanten Erinnerungs- und Friedenshügel. Der Zeitpunkt ist bewusst gewählt: Am 14. Juni 1940 traf der erste Transport mit 728 polnischen KZ-Häftlingen in Auschwitz ein. In Zusammenhang mit diesem Gedenktag soll nun 73 Jahre danach mit der Verwirklichung einer fast 20 Jahre alten Idee begonnen werden.

Es geht um ein gewaltiges Bauwerk. Die Grundfläche in der Größe eines Fußballfeldes; 35 Meter hoch. Im Inneren Raum für ein 800 Plätze umfassendes Kongresszentrum, ausgerüstet mit modernster Technik, die Fernseh- und Radioübertragungen ermöglicht. Dazu ein Kinosaal und zahlreiche auf vier Etagen verteilte Seminarräume. Geschätzte Kosten: 36 Millionen Euro. Die weltweite Unterstützung des Projekts symbolisieren rund 300 Steine in einem eigens dazu vorgesehenen Ausstellungsraum; darunter solche aus Hiroshima und Nagasaki, aus dem Europaparlament, aus dem KZ Buchenwald, aus den Trümmern der Dresdener Frauenkirche – stumme Zeugen von Vernichtung und Frieden.

Die Idee zu diesem monumentalen Bauwerk geht zurück auf das Jahr 1994. Damals wünschte sich eine Gruppe ehemaliger Auschwitzhäftlinge in einem symbolischen Testament als ihr Vermächtnis für die Nachwelt einen „Hügel der Erinnerung und der Versöhnung“, der das Gedenken aller in Auschwitz und Birkenau ermordeter Opfer wahren sollte – das der Juden wie der Polen, der Roma und der sowjetischen Kriegsgefangenen sowie der zahllosen Menschen unterschiedlicher Nationen. Den Entwurf erstellte der

* Dr. Theo Mechtenberg, Vorstandsvorsitzender des Trägervereins des Gesamteuropäischen Studienwerks e. V. Vlotho (GESW), engagiert sich seit Anfang der Sechzigerjahre als deutsch-polnischer Brückenbauer. 2001 wurde Mechtenberg mit dem Kavalierskreuz des Verdienstordens der Republik Polen ausgezeichnet.

angesehene Künstler und Professor Józef Szajna (1922–2008). Nach seiner Vorstellung sollte der 35 Meter hohe Hügel durch eine Stahlplastik als Symbol des Übergangs von der unheilvollen Zeit der Menschenverachtung in eine Zeit der Toleranz gekrönt werden. Dieses Anliegen verdient fraglos Respekt. Auch Piotr Cywiński, Direktor des Museums Auschwitz, würdigt die Idee. Er sieht in ihr das Verlangen vieler einstiger KZ-Häftlinge, etwas Großes zu schaffen, das sie von dem Trauma jener Jahre befreit und in der Überzeugung sterben lässt, alles ihnen Mögliche getan zu haben, damit die Gespenster der Vergangenheit niemals wiederkehren. Und doch fragt es sich, ob ein solch gigantisches Bauwerk eher ein Störfaktor als ein Mahnmal ist. Passt es zu diesem Vernichtungslager, zu der gleichsam endlosen Leere von Birkenau mit der einstigen Rampe, von der aus über eine Million Juden, Männer, Frauen und Kinder, in die Gaskammern getrieben und anschließend in den Krematorien verbrannt wurden? Passt es zur Schoa, zu diesem Ort der Stille, wo Millionen kein Grab fanden?

Marszałeks Konflikt mit dem Museum Auschwitz

Das Projekt blieb über viele Jahre bloße Idee. Bis sich Janusz Marszałek, von 2002–2011 Stadtpräsident von Oświęcim, der Sache annahm. Nach eigener Aussage habe er 2005 vom polnischen Kulturminister den Auftrag erhalten, das Projekt zu verwirklichen. Sein erster Versuch endete mit einem Eklat. Sein Bemühen, den Hügel innerhalb der das Lager umgebenden Schutzzone zu errichten, stieß auf den entschiedenen Widerstand des Internationalen Auschwitzrates, sodass er diesen Plan aufgeben musste.

Der Journalist und Auschwitzkenner Michał Olszewski verweist in seinem in der Krakauer Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ (6/10 Februar 2013) erschienenen Beitrag „Kopiec z widokiem na kacet“ (Hügel mit Blick auf das KZ) darauf, dass dies nicht Marszałeks erster Konflikt mit dem Museum Auschwitz war. Vor Jahren wollte er sich den mit Auschwitz verbundenen Touristenstrom nutzbar machen und in der Nähe des Stammlagers einen Supermarkt eröffnen. Der Plan erregte damals internationales Aufsehen und trug Marszałek den Ruf eines gerissenen Geschäftsmannes ein. Er selbst sah in dem sich regenden Widerstand böse Mächte am Werk und identifizierte sie mit einflussreichen Politikern, u. a. mit Władysław Bartoszewski. In einem Brief fragt er, welche Provision sie für ihre Verhinde-

lungstaktik vom Jüdischen Weltkongress erhalten hätten: „In den Wandelgängen des Sejm redet man laut darüber, dass die Herren für das Durchboxen des Gesetzes zum Schutz des Terrains ehemaliger nazistischer Konzentrationslager u. a. unter sich drei Millionen USD aufgeteilt hätten.“ Auf ähnlich antisemitische Weise äußerte sich Marszałek, als es um eine geplante Diskothek in unmittelbarer Nachbarschaft zur Internationalen Jugendbegegnungsstätte Ärger gab: „Dieser Medienrummel ist ein weiterer Beleg für die Ausnutzung der mit Auschwitz verbundenen Geschichte zur Zerstörung der Stadt Oświęcim durch mit dem Jüdischen Weltkongress im Bunde stehende Leute.“

Marszałek Amtszeit als Stadtpräsident war von einer grundsätzlich negativen Einstellung zum Museum Auschwitz geprägt. Seine Wahl hatte er 2002 mit 60 % der Stimmen nicht zuletzt deswegen gewonnen, weil er versprach, Oświęcim von dem auf der Stadt angeblich lastenden Auschwitz-Schatten zu befreien. Der blockiere jede Entwicklung und sei für die hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich. Entsprechend sabotierte er jede Initiative einer sinnvollen Verbindung der Stadt mit dem ehemaligen Konzentrationslager. Die Idee des angesehenen Verfassungsrechtlers Andrzej Zoll, Stadt und Lager durch einen Europapark zu vereinen, kommentierte er mit der süffisanten Frage: „Wer steckt wohl hinter diesem Gedanken?“ Auch diese Frage suggeriert nach polnischem Verständnis Machenschaften von Freimaurern und Juden.

Offene Fragen

Zu diesen die Verwirklichung des Projekts erschwerenden Konflikten kommen ungeklärte, das Projekt betreffende Fragen. Die Tatsache, dass es nicht im Einvernehmen mit dem Internationalen Auschwitzrat realisiert wird, könnte zum Keim neuer Konflikte werden. Belastend ist zudem, dass Łukasz Szajna, der nach dem Tode seines Vaters das Projekt betreut hatte, vor allem aufgrund mangelnder finanzieller Transparenz die Zusammenarbeit mit Marszałek aufgekündigt hat. Auch ist Marszałek Verhältnis zum Rat der Stadt getrübt. Als letzte Amtshandlung hatte er der Polnischen Seniorenunion, dessen Vorsitzender er nach dem Ableben seines Vorgängers wurde, das der Stadt gehörende, zwischen dem Stammlager Auschwitz und dem Vernichtungslager Birkenau gelegene Terrain, auf dem der „Friedenshügel“ ursprünglich entstehen sollte, für drei Jahre zu günstigen Konditionen ver-

pachtet. Die Stadt ist bestrebt, den Pachtvertrag gerichtlich annullieren zu lassen. Nun entsteht der „Friedenshügel“ unmittelbar neben dem katholischen „Zentrum für Gebet und Dialog“. Unermüdlich ist Marszałek seit Jahren unterwegs, um weltweit Sponsoren zu gewinnen. Und er findet sie. Auch in der Bundesrepublik, wo er vor allem bei kirchlichen Stellen und deutsch-polnischen Gesellschaften mit Erfolg anklopft. Von den veranschlagten 36 Millionen Euro fehlen ihm noch 16 Millionen, ein Klacks, wie er meint. Die Spender dürften allerdings kaum um die Konflikte und Unsicherheiten wissen. Sie würden sonst gewiss nicht so spendenfreudig sein. Offen ist auch, ob sich das Projekt wirtschaftlich trägt. Wie sollen angesichts der bereits vorhandenen Möglichkeiten der Internationalen Jugendbegegnungsstätte und des „Zentrums für Gebet und Dialog“ das Kongresszentrum und die zahlreichen Seminarräume genutzt werden? Wer übernimmt die laufenden Kosten und zahlt die Gehälter für die vorgesehenen 100 Mitarbeiter?

Droht ein neuer erinnerungspolitischer Konflikt?

Zur Erinnerung: Am 26. Juni 1984 hatte die Stadt Oświęcim den Karmelsschwestern das zur Schutzzone des Lagers gehörende Alte Theater als Kloster überlassen.¹ Kaum jemand im katholischen Polen ahnte damals, dass aus dieser von besten Absichten beseelten Initiative ein das polnisch-jüdische, ja das christlich-jüdische Verhältnis insgesamt belastender Konflikt entstehen würde. Ausgehend vom eigenen christlichen Verständnis von Auschwitz als einem Golgota der polnischen Nation, ja der gesamten Menschheit, hatte man die jüdische Sicht als Ort der Schoa, der die Präsenz eines Klosters verbiete, außer Acht gelassen. Der Konflikt zog sich hin. Er war nicht einmal durch die Genfer Vereinbarung² hochrangiger katholischer und jüdischer Delegationen, die eine 1993 erfolgte Verlegung des Klosters vorsah, beigelegt. Als Protest gegen die Genfer Vereinbarung wurde im Herbst 1989 unter ungeklärten Umständen auf dem zum Alten Theater gehörenden Kiesplatz das sogenannte Papstkreuz errichtet, vor dem Johannes Paul II. im Jahre

1) Vgl. Ernst Ludwig Ehrlich, *Zum Karmeliterinnenkonvent in Auschwitz*, in FrRu XXXVII/XXXVIII (1985/86) 78 f., und die „Stellungnahme der Christen im Deutschen Koordinierungsrat der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit“.

2) Die Erklärung von Genf, Wortlaut in FrRu (Anm. 1), S. 80.

3) Ansprache von Papst Johannes Paul II. in Auschwitz/Birkenau (7. Juni 1979), in FrRu XXXI (1979) 96 f.

1979 auf der Rampe in Birkenau die Eucharistie gefeiert hatte.³ Diese Aktion empfanden jüdische Gruppierungen als Provokation. Gegen eine von jüdischer Seite geforderte Verlegung des Kreuzes formierte sich ein „Gesellschaftliches Komitee zur Verteidigung des Kreuzes“, das dazu aufrief, aus ganz Polen Kreuze herbeizuschaffen, sodass sich der Kiesplatz jahrelang in einen Wald voller Kreuze verwandelte, ehe er am Ende zwangsgeräumt wurde. Doch die auf katholischer wie auf jüdischer Seite erlittenen Verletzungen hinterließen Narben, die jederzeit wieder aufbrechen können.

Die Errichtung des monumentalen Friedenhügels nahe beim KZ Auschwitz, wenngleich außerhalb der Schutzzone, könnte dazu den Anlass bieten. Die Verwirklichung des Projekts erfolgt schließlich ohne Absprache mit jüdischen Vertretern und dem Internationalen Auschwitzrat. Auch in der geistigen Konzeption, sofern eine solche überhaupt erkennbar ist, spielt die Schoa keine nennenswerte Rolle. So waren beispielsweise im Januar 2010 während der von Janusz Marszałek in seiner Eigenschaft als Stadtpräsident von Oświęcim veranstalteten Gedenkfeier zum 65. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz unter den zahlreichen Delegationen keine jüdischen Vertreter anwesend; auch keine vom Museum Auschwitz. In seiner Ansprache wurden die jüdischen Opfer zwar nicht gänzlich vergessen, doch, getrennt von der eigenen Veranstaltung, verwies der Stadtpräsident lediglich auf die am Nachmittag stattfindende staatliche Feier in Birkenau.

Soweit erkennbar, verfolgt Janusz Marszałek mit der Realisierung des „Erinnerungs- und Friedenhügels“ weit gesteckte Ziele. Er möchte damit vor allem Oświęcim als „Stadt des Friedens“ präsentieren und die Kontakte mit anderen offiziellen „Friedensstädten“ pflegen und intensivieren. Entsprechend gilt die Erinnerung im Sinne eines nationalen Martyriums wohl vor allem den polnischen Opfern von Auschwitz und darüber hinaus allen weltweiten Menschenrechtsverletzungen, rassistischen und weltanschaulichen Konflikten, Vertreibungen, Völkermorden und Kriegen, und dies mit dem Ziel einer menschlichen Welt des Friedens. Allein eine solche umfassende Zielsetzung garantiert die weltweite Unterstützung des Projekts. Es fragt sich dann aber, warum es ausgerechnet in unmittelbarer Nähe zum Ort der Schoa verwirklicht werden soll.